

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Marginalnote angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Verlagsabteilung:
Cindenzstraße 3-5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2806-2807

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Frankreichs und Belgiens Absichten.

London, 6. März. (WTB.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, er sei in der Lage, Einzelheiten über die Absichten der französischen und der belgischen Regierung mitzuteilen. Die Hauptlinien des Planes seien bereits entworfen worden. Poincaré habe eine Anzahl Sachverständiger ausgewählt, um diesen Plan auszuarbeiten, über den nächst zwischen Foch, Barthou, Delacour und den Sachverständigen ein Meinungsaustausch stattfinden werde. Hieraus werde die erste Zusammenkunft zwischen den französischen und belgischen Vertretern und den Deutschen erfolgen. Es werde die Frage der Reparationen erörtert werden, dann werde man über die Probleme bezüglich der bereits vollzogenen Sanktionen und schließlich über die Kontrolle der deutschen Finanzen verhandeln. Wenn sich ein Memorandum als unentbehrlich herausstellen sollte, werde es gewährt werden. Die Befehle werde verlängert werden, so lange sie notwendig sei, und sie werde abgekürzt werden in dem Verhältnis, in dem Deutschland das Abkommen mit Frankreich und Belgien durchführe.

Nachdem dieses neue Abkommen erzielt sei, würden Frankreich und Belgien die Fragen mit ihren Alliierten besprechen. Insbesondere bezüglich ihrer privaten Angelegenheiten, wonach die Unterzeichner des Versailler Vertrages sich von neuem mit Deutschland an den Konferenztisch setzen würden. Auf dieser Konferenz werde der Versailler Vertrag abgeändert werden, insbesondere bezüglich des in London im Jahre 1921 entworfenen Zahlungsplanes. Dies werde eine große Friedenskonferenz sein, auf der das Schicksal der Reparationskommission und der Kontrollkommission entschieden werden würde. Dergleichen würden die neuen Grenzen festgelegt werden, die Brückenköpfe und die Dauer der Befehle des links Rheins, das in Zukunft von Frankreich und Belgien allein befehligt gehalten würde.

London, 5. März. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, er erfahre, daß die Artikel über die französische Außenpolitik, die in verschiedenen Blättern erschienen sind, nicht notwendigerweise die Gedanken des Quai d'Orsay darstellen, „daß aber Ereignisse zu einer

Änderung der ursprünglichen Ziele Poincarés führen“ könnten. Es sehe daher, wenigstens für den Augenblick, nicht so aus, als ob er die von einflussreichen Kreisen vertretenen endgültigen Forderungen unterstütze, die wie folgt zusammengefaßt werden könnten:

1. Nach der Befehdung des Ruhrgebiets muß der Versailler Vertrag, der stets als unzulänglich angesehen wurde, ergänzt, wenn nicht ersetzt werden durch ein neues diplomatisches Instrument.
2. In diesem Abkommen muß nicht nur das Problem der Reparationen, sondern auch das Problem der Sicherheit geregelt werden, und es muß in dieser Hinsicht zu Maßnahmen ermächtigen, zu denen der augenblickliche Vertrag keine Befugnis erteilt.
3. Außer den Schritten zur Sicherstellung der französischen Grenze müssen Fragen, wie die des künftigen Regimes, des Saargebietes bereits jetzt geregelt werden und nicht erst nach einer Volksabstimmung.
4. Dieses Abkommen soll zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen werden, und Italien und Belgien sollen ihm zustimmen.
5. Großbritannien wird nicht zu den Verhandlungen zugezogen, aber es wird gestattet, sofern es dies wünscht, zu einem späteren Zeitpunkt zu untersuchen.

Dem Times-Berichterstatter zufolge kann wenig Zweifel herrschen, daß, wenn es tatsächlich zu Verhandlungen kommt, diese das französisch-deutsche Problem allseitig behandeln werden, daß der Versailler Vertrag neu geformt und daß Frankreich von neuem Forderungen stellen wird, die im Jahre 1919 nicht gewährt wurden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde die neue Konferenz in Paris stattfinden und werde höchstwahrscheinlich mehrere Monate dauern. Nach Ansicht des Berichterstatters wird es notwendig sein, sorgfältig zu erwägen, welches die Haltung Großbritanniens sein soll, wenn eine gewisse Sog, „die unvermeidlich erscheint“, entstehen sollte. Denn bei dieser Friedenskonferenz hänge von Englands Anwesenheit oder Abwesenheit nichts mehr und nicht weniger ab als die künftige Gruppierung der europäischen Nationen und der Charakter des französisch-deutschen Friedens.

Poincaré gegen Cuno.

Paris, 6. März. (GG.) Zu den Erklärungen, die der deutsche Reichsminister Journalisten gegenüber abgegeben hat, veröffentlicht heute der Quai d'Orsay folgende Entgegnung: Die deutsche Regierung protestiert durch die Stimme des Reichsministers gegen die Befehdung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe und der Eisenbahnwerkstätten von Darmstadt. Frankreich beabsichtigt keineswegs wie der Kanzler erklärt, die Hegemonie in Eisen und Kohlen zu erzielen und die Zerschlagung Deutschlands vorzunehmen. Frankreich beschränkt sich darauf zu wünschen, daß die Reparationen, die ihm geschuldet werden, auch bezahlt werden. Die französische Regierung gab bei verschiedenen Anlässen bekannt, daß sie keinerlei Annegionsabsichten und keinerlei Gedanken des Imperialismus habe. Wenn der Kanzler die Opfer aufzählt, die Deutschland brachte, und wenn er die Industrien gegen den Vorwurf verteidigt, daß sie die Reparationen sabotierten, so vergißt er die Opfer, die Frankreich seit vier Jahren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gebracht hat. Deutschland bezahlte für die Reparationen seit Kriegsende eine Gesamtsumme von 890 Millionen Goldmark. Von dieser Summe erhielt Frankreich bis 31. Dezember 1922 1788 Millionen Goldmark, die nicht einmal seine Befehlsgelosten und die Vorschüsse, die es in Spanien machte, decken. Die französische Regierung verausgabte während

dieser Zeit nahezu 85 Milliarden Franken, davon mehr als 54 Milliarden allein für die zerstörten Gebiete. Man sieht, auf welcher Seite Opfer gebracht werden.

Der absolute Beweis, daß die deutsche Regierung, von den Industriellen unterstützt, die Reparationen sabotiert, besteht in der Tatsache, daß trotz der Ruhrbefehdung und trotz der beträchtlichen Käufe von englischer Kohle mittels ausländischer Devisen, die deutsche Regierung die Mark besser konnte und ebenso den Dollar von 52 000 auf 22 000 herabdrücken konnte, und daß Deutschland erklärte, auf die Ruhrkohle verzichten zu können. Die von der deutschen Regierung aufgewendeten Summen, um die Mark zum Steigen zu bringen und im Ausland Kohle zu kaufen, könnten zu Reparationen verwendet werden. Der Sturz der Mark war ebenso künstlich wie deren Wiedererhebung. Da Deutschland leicht auf 3280 Tausend Tonnen Kohle verzichten könnte, die es monatlich aus dem Ruhrgebiet erhielt, so könne es das Reparationsprogramm schon vollständig erfüllen. Was die Vorschläge des Bankierkomitees anbelangt, von dem der Kanzler ebenfalls sprach, so hätte dies den Zweck, ohne Erörterungen die Forderungen Frankreichs gegenüber Deutschland herabzusetzen. Da aber diese Forderung nicht einmal die Bedürfnisse Frankreichs deckt, mußte dieser Vorschlag zurückgewiesen werden. Die französische Regierung erklärte übrigens bereits wiederholt, daß die Frage der Reparationen gemäß dem Versailler Friedensvertrag geregelt werden sollte. Das heißt gemäß den Entscheidungen der Reparationskommission und daß dies nicht gemäß den Entscheidungen des Garantiekomitees geschehen dürfe, wie diese Entscheidung auch immer ausfallen möge.

Botschafter Dr. Mayer gestorben.

München, 6. März. (TL.) Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, der seit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet im Auftrag der Reichsregierung seinen Posten verlassen hatte und in München Aufenthalt genommen hat, ist heute nacht infolge eines schweren Magenleidens in der Chirurgischen Klinik, wo er vor einigen Tagen einer Operation unterzogen worden war, gestorben.

Botschafter Dr. Wilhelm Mayer stand im 49. Lebensjahre. Er war von Beruf Rechtsanwalt und Industrieller und hatte seit 1907 als Zentrumsabgeordneter dem Reichstage angehört. Im Juni 1919 wurde er Reichsminister, trat aber infolge des Austritts der Bayerischen Volkspartei, dessen Mitglied er wurde, aus dem Zentrum, im Januar 1920 von seinem Posten zurück. Kurz darauf wurde er zum deutschen Geschäftsträger in Paris und später zum Botschafter ernannt. Als solcher hat er wohl die dornenvollste Last getragen, die jemals einem deutschen Diplomaten befohlen war. Dr. Mayer hatte in der letzten Zeit seines immer beschwerlicher werdenden Leidens sein Amt aus Pflichtgefühl weiter fortgeführt und war nach dem Ruhrmarsch als schwerkranker Mann in die Heimat zurückgekehrt. Die Aufgabe, die ihm gestellt war, an der Herstellung besserer Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland mitzuwirken, war ihm nicht gegliedert, aber auch ein Stärkerer würde sich angesichts der gegebenen unglücklichen Umstände vergebens an ihr versucht haben!

Der Reichspräsident hat Dr. Mayers Witwe sein Mitgefühl telegraphisch ausgedrückt und Dr. Mayers Wirken ehrend gewürdigt.

Die englischen Nachwahlfolgen.

KonzeSSIONEN AN DIE ARBEITERPARTEI.
London, 6. März. (Reuter.) Bei der Opposition im Unterhause besteht keine Meinung, die Bedeutung der von der Regierung bei den letzten Wahlen erlittenen Niederlage zu übertreiben. Eine ministerielle Krise kommt nicht in Frage. Indessen wird in politischen Kreisen viel über die Folgen der Niederlage des Gesundheitsministers gesprochen. Man nimmt allgemein an, daß die Regierung mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse ihre Vorschläge betreffend die Aufhebung der Aufsicht über die Einkommen abändern und den Plan betreffend die Unterstützung der Bautätigkeit vielleicht großzügiger gestalten werde, als ursprünglich beabsichtigt war. Als Kandidat für den Posten des Gesundheitsministers Boscomen wird u. a. auch der Generalpostmeister Kemille Chamberlain genannt.

Das tschechische Ausnahmegesetz.

Prag, 5. März. (TL.) Das Abgeordnetenhaus verhandelt heute in seiner Vollversammlung über das Schutzgesetz der Republik. Gelegentlich Prager kommunistische Protestveranstaltungen endigten mit Zusammenstößen der Versammlungsteilnehmer mit der Polizei und zahlreichen Verhaftungen. Die Regierungsparteien haben den Abgeordneten das Erscheinen zur Pflicht gemacht. Es sind Vorkehrungen getroffen, um eine gewalttätige Obstruktion des Gesetzes unmöglich zu machen.

Börse und Kanzlerrede.

Die allgemeine Unübersichtlichkeit der politischen Lage bringt die Börse weiter in eine durchaus unsichere Tendenz. Das Gesamtbild bleibt im Hinblick auf die heute zu erwartende Kanzlerrede, von der man in gewisser Hinsicht einen Einblick erwartet, sehr zurückhaltend. Am Devisenmarkt hat sich nichts geändert. Die überaus große Geschäftstillheit besteht weiter. Bedeutsam für Polenoten trat heute etwas Nachfrage zu erhöhten Kursen (53) hervor. Man nannte u. a. um 12 Uhr mittags London mit 107 000, Kabel New York 22 750, Paris mit 1395 und Brüssel mit 1210. Die amtlichen Kurse hielten sich etwas unter diesen ersten Notierungen.

Am Effektenmarkt besteht weiter etwas Verkaufsneigung. Die gestern zum übergroßen Teile von Seiten der Provinz ausgegebenen Abgabebonds sind wohl nicht ganz zur Durchführung gekommen.

Vor schweren Kämpfen.

Zuspitzung der Berliner Lohnverhandlungen.

In wenigen Tagen werden in Berlin 300 000 Arbeiter und Angestellte streiken. Nach der Haltung der Unternehmer ist nicht damit zu rechnen, daß die Streiks in letzter Stunde noch durch Zugeständnisse vermieden werden können. Die Regierung hat die von uns wiedergegebene Mitteilung, daß die Ablehnung jeder Lohnerhöhung für den Monat März auf ihre Weisung erfolgt sei, dementiert. Wir wissen nicht, ob dieses Dementi eine Desavouierung des Reichswirtschaftsministers und der Unternehmerorganisationen sein soll. Tatsache ist, daß die Unternehmer die Ablehnung von Lohnzuschlägen damit begründen, daß sie den Wünschen der Regierung nachkommen müssen. Eine ähnliche Mitteilung ist übrigens auch den im Verkehrsband organisierten Angestellten der Reichspost gemacht worden.

Geht man aber den wirklichen Gründen der Unternehmer nach, dann findet man, daß die angeblichen Wünsche der Regierung durchaus konform gehen mit den Profitinteressen der Unternehmer selbst. Während der letzten Jahre sind die Aktionäre der Handels- und Industrieunternehmen vermehrt worden. Von einem Jahr zum anderen wurden die Kapitalien der Unternehmen durch Verwässerungen und Ausgabe von Gratisaktien verdoppelt und verdreifacht und auch die Dividenden haben trotz der Kapitalverwässerungen dieselbe Entwicklung mitgemacht. Die Wirtschaftspolitik der Großindustrie und des Handels wurde aufgebaut auf den Valutagewinnen und der Markterwertung. Nun ist darin, wenigstens vorläufig, ein kleiner Rückschlag oder, sagen wir richtiger, ein Stillstand eingetreten. Man fürchtet, daß es mit der Kapitalverwässerung und der Verteilung von Dividenden von 50 und 100 Prozent Hand in Hand mit riesigen Rückstellungen und Abschreibungen nicht mehr so weiter gehen könnte.

Gleichzeitig mit der Verwässerung des Kapitals und der Verwässerung der offenen und verschleierte Gewinne ging, gestützt auf die Markterwertung, ein unsichtbarer Lohnabbau vor sich. Dieser Lohnabbau vollzog sich besonders scharf im abgelaufenen Jahre und hat sich bis im Monat Januar des Jahres 1923 fortgesetzt. Wir haben die von Kuczynski darüber veröffentlichten Zahlen an dieser Stelle bereits mitgeteilt. Danach sind die Löhne der Buchdrucker, die 1914 um 19 Proz. über dem Existenzminimum waren, im Durchschnitt der ersten Hälfte des Jahres 1922 um 9 Proz. unter das Existenzminimum gesunken, im dritten Vierteljahr um 40 Proz., im Oktober um 42 Proz., im November um 60 Proz. und im Dezember um 57 Proz. Eine ähnliche Entwicklung haben die Löhne und Gehälter auch der anderen Industrie- und Handelszweige genommen. Das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie beträgt gegenwärtig in Berlin rund 100 000 M. pro Woche. Die Löhne der bestbezahlten Facharbeiter erreichen jedoch kaum zwei Drittel dieses Existenzminimums. Daß die Arbeiter sich nicht mit solchen Löhnen begnügen können, liegt auf der Hand. Die immer wieder hinausgeschobenen Neuanschaffungen für Bekleidung können nicht weiter vertagt werden. Und gerade hier ist von einem Stillstand der Kleinhandelspreise, geschweige denn von einem Abbau noch keine Rede. Ebenso liegt es mit den Kohlen- und Gaspreisen, mit den Mieten, Fahrgebern usw., wo die Preissteigerung eine anhaltende und sehr scharfe ist.

Die Einstellung der Unternehmer angesichts dieser Tatsachen ist eine höchst merkwürdige. Vor kurzer Zeit erst fand in Berlin ein Streik der Holzarbeiter statt. Der Streik wurde schließlich beigelegt, weil die Arbeiter sich mit einer geringen Lohnerhöhung, die weit hinter der Teuerung zurückblieb, abfanden, in der Erwartung, daß bei neuen Lohnverhandlungen das Versäumte nachgeholt werden kann. Man nahm an, daß die Unternehmer, wenn die gespannten Beziehungen zwischen den Organisationen durch den Abbruch des Streiks wieder normale geworden sein werden, sich der Notwendigkeit entsprechender Lohnerhöhungen nicht verschließen würden. Nun ist aber das Gegenteil eingetreten. In langwierigen direkten Verhandlungen haben die Unternehmer nur zugestanden, für die erste Märzwoche 20 und für die beiden folgenden 10 Proz. Zulage auf die bisherigen Löhne zu bewilligen.

Wenn man in Betracht zieht, daß die Spitzenlöhne bisher 1096 M. die Stunde betragen, dann stellt sich diese angebliche Zulage in Wirklichkeit als ein Lohnabzug dar. Und dies in einer Industrie, die bisher mit den Löhnen an der Spitze der Berliner Industrien stand. Da eine Einigung unter diesen Umständen nicht zustande kommen konnte, rief der Holzarbeiterverband den Demobilisierungskommissar an. Der Verband erhielt darauf von der Unternehmerorganisation die Mitteilung, daß die von ihren Unterhändlern gemachten Zugeständnisse nicht gebilligt worden sind und wieder zurückgezogen werden. Mit anderen Worten, nach Ansicht der Unternehmer sollen sich die Berliner Holzarbeiter mit Löhnen begnügen, die kaum die Hälfte des Existenzminimums ausmachen.

Nicht viel besser liegen die Dinge in der Metallindustrie, im Großhandel, in der Puhbranche (hier werden noch Löhne von 20 000 M. und darunter gezahlt) und in einer Reihe anderer Berufe. Selbst in einer Industrie wie das Steindruckergewerbe, das eine besonders qualifizierte Arbeiterkraft erfordert, haben die Unternehmer eine Anpassung der Löhne an die Teuerung abgelehnt.

Die Organisationen der Arbeitnehmer haben bisher alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft. Trotz der unersichtlichen Haltung der Unternehmer haben sie immer wieder versucht, in neuen Verhandlungen vor den Schlichtungsinstanzen die Notwendigkeit der Anpassung der Löhne und Gehälter an

die Teuerung darzulegen. Es muß aber leider festgestellt werden, daß auch die Schlichtungsinstanzen mit einer merkwürdigen Einmütigkeit die Haltung der Unternehmer zum guten Teil unterstützt haben.

Daß es den Arbeiterorganisationen unter diesen Umständen täglich schwerer wird, ihre Mitglieder zurückzuhalten, ist nicht verwunderlich. Der kurze Streik, der am Sonnabend im Kartoffelgroßhandel ausbrach und nur durch das schnelle Eingreifen der Organisation wieder beigelegt werden konnte, ist symptomatisch für die aufs äußerste gespannte Situation. Die Gewerkschaften sind sich ihrer schweren Verantwortung voll und ganz bewußt. Wenn bisher große Wirtschaftskämpfe vermieden werden konnten, dann ist es ausschließlich den Arbeiterorganisationen zu danken.

Aber die Kraft der Gewerkschaften, große Kämpfe zu vermeiden, hat ihre natürlichen Grenzen. Diese sind gegenwärtig bereits überschritten. Alle Beteiligungen der Unternehmerverbände, daß sie angeführt der Ruhrbefehlung Wirtschaftskämpfe vermeiden wollen, sind wertloses Papier, wenn sie die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer auf ein Niveau herabzudrücken versuchen, die es diesen einfach unmöglich machen, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen. Regierung und Unternehmer mögen in letzter Stunde bedenken, was auf dem Spiele steht. Am guten Willen der Arbeiterorganisationen fehlt es gewiß nicht. Dieser Wille wird aber ausgehöhlet, wenn auf der Gegenseite nicht die Einsicht in die Existenznotwendigkeiten der Arbeitnehmer einkehrt.

Gerechte Steuerreform!

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat nachstehende Entschlüsse an die Regierung gefaßt:

Zur endlichen Regelung der Reparationsfrage weist die Deutsche Liga für Menschenrechte auf das Sachverständigenurteil der Herren Cassel und Keynes usw. vom Oktober vorigen Jahres hin.

1. Sie fordert schärfste Bekämpfung des Wuchers der Rohstoffmonopole, wodurch die deutsche Wirtschaft mehr und mehr geschädigt und Deutschland zahlungsunfähig gemacht wird.

2. Sie bemängelt die gänzlich unzureichende Erfassung der Gewinne, die beim Export erzielt werden.

3. Sie richtet das dringende Ersuchen an Regierung und Reichstag, endlich dem Skandal der bisherigen Steuererhebung und Steuererhöhung ein Ende zu machen. Für die Zwangsanleihe, die teilweise schon 1922 erhoben werden sollte, sind bis heute noch keine Einschätzungsformulare ausgegeben. Der materielle Inhalt der Zwangsanleihe ist eine trübe Bevorzugung des Sachwertbesitzes. Aktienbesitzer brauchen vielfach nur 1/100 des Wertes des heutigen Wertes zu versteuern.

Die Einkommensteuer, die im Dezember 1922 zu 84 Proz. von den Lohn- und Gehaltsempfängern bestritten wurde, läuft in der Praxis auf eine Lebensgabe an den Grund- und Kapitalbesitz aus. Sie wird denen, die von ihrem Arbeitseinkommen leben, automatisch sofort abgezogen. Die anderen Steuerpflichtigen zahlen ihre Einkommensteuer so spät, daß ihr Realwert für den Staat nur noch eine Sogateile ist. Auch für die Einkommensteuer sind die Steuerformulare allgemein noch nicht verteilt.

Im Interesse der inneren und äußeren Politik und der Gerechtigkeit muß unser Steuersystem umgehend von Grund auf umgestaltet werden.

Ohne eine energische Operation auf diesem Gebiete — das muß der Regierung immer wieder gesagt werden — ist innen- und außenpolitisch der Kampf Deutschlands um eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage nicht zu führen. Statt dessen scheint man im Ernst Abbau der Löhne für wichtiger zu halten. Die Regierung muß wissen, daß sie auf diesem Wege die Sozialdemokratie nicht für sich, sondern nur gegen sich haben kann.

In dem Bericht über den Berliner Bezirksparteitag ist durch ein technisches Versehen ein Fehler unterlaufen. In dem Absatz: „die Resolution Wels wurde gegen wenige Stimmen angenommen“, muß es heißen: „Zur Annahme gelangt auch der Antrag Dronsch (Einkerbung einer Funktionärkonferenz); in der Vertreter der Ruhrarbeiter (sprechen sollen), ferner folgender Antrag: usw.“

Die Teuerung.

W.B. meldet: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im Durchschnitt des Monats Februar 2643 (1913/14 = 1) gegenüber 1120 im Januar; sie ist demnach gegenüber dem Vormonat um 136 v. H. gestiegen. Ohne die Bekleidungsangaben stellt sich die Indexziffer auf 2408, somit um 132,9 v. H. höher als im Januar. Die Ernährungs- und Bekleidungskosten sind um 133 v. H. auf das 3183fache, die Bekleidungskosten um 147,6 v. H. auf das 4164fache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die Zahlen des Reichsindex sind wie bekannt nur zu einem Teil stichhaltig. Aber auch sie zeigen, wie die Teuerungswelle immer stärker ist als die Lohnerhöhungen, die z. B. im Februar durchschnittlich 100 Prozent betragen. Trotzdem seitler alle wichtigen Lebensmittel noch weiter gestiegen sind, versucht man jedoch jede Lohnzulage zu verweigern mit der Begründung, ohne dem könnten die Preise nicht sinken. Wenn wir Auslandspreise haben, warum dann nicht auch Auslandslohne?

Unter dem Terror der Faschisten.

München, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Republikanische Reichsbund, Ortsgruppe München, hatte für gestern zu einer öffentlichen Versammlung ausgerufen, in der Genosse Dr. Schühlinger-Hamburg-Altona über „Der Kampf um die Republik in Bayern und im Reich“ sprechen sollte. Die Münchener Polizeidirektion hat in letzter Minute, einem Piff der Nationalsozialisten gehorchend, die Versammlung verboten und ihre ungemöhnliche Haltung damit begründet, daß Schühlingers Auftreten bei der Münchener Bevölkerung „Aergernis und Erregung“ hervorrufen könnte und daß nach den der Polizei zugegangenen Nachrichten mit ersten Störungen der Versammlung zu rechnen sei. Diese der Polizei zugegangenen Nachrichten stammen aus dem Lager der Nationalsozialisten, deren Führer Hitler in einer Versammlung am gleichen Tage sich folgenden klaffenden Ausspruch leistete: „Wir waren so frei, der Polizeidirektion unsere Meinung zu offenbaren. Dem Verrat, der durch das Phantom einer Abwehrfront gedeckt wird, muß Stück für Stück das Genick gebrochen werden. Wenn die Regierung das Volk in einen Zustand nationaler Kaserne versetzen würde, würde England sich mit Deutschland verbinden. Mit deutschen Banditen ist für uns keine Verbindung möglich. Wir haben vor der Weltgeschichte unser Teil geleistet, wenn wir den Novemberverbrechern ein Ende bereiten. Ich war in Norddeutschland. Alles wartet auf mich.“ Das ist das gleiche traurige Schauspiel, das man sich in München nach der überflüssigen Verhängung des Ausnahmezustandes am nationalsozialistischen Parteitag leistete. Die Polizeidirektion und die Staatsregierung klappen zusammen, wenn der bayerische Faschistenführer Hitler mit der Faust auf den Tisch schlägt.

Unser Parteiorgan, die „Münchener Post“, rügt aufs schärfste diese Rücksichtslosigkeit, die man sich offenbar nur gegen Republikaner und Sozialdemokraten leistet und bezeichnet diese neueste Leistung des Münchener Polizeipräsidenten als eine Blamage sondergleichen, da sich der Minister des Innern erst vor kurzem entrüstet gegen die Sabotage der einheitlichen Abwehrfront durch Hitler gewandt habe, ohne allerdings die gebotenen Konsequenzen aus den großspurigen Ankündigungen zu ziehen.

Die Nationalsozialisten hatten große Vorbereitungen zur Sprengung der Schühlinger-Versammlung getroffen und blieben auch trotz des Verbots der Versammlung, diese Nacht in erhöhter Alarmbereitschaft bzw. im „Belagerungszustand“, wie sie das selbst nannten.

Am vorigen Sonntag hat die nationalsozialistische Partei sich in erhöhtem Umfang als militärische Organisation vor der Öffentlichkeit gezeigt. Mit etwa 1200 Mann wurde in der Nähe Münchens eine Feldübungsübung abgehalten.

Das Bild vervollständigt sich, wenn man einen Blick in das „Heimatland“ wirft. Der Reichswehrminister, Demotrat und

Bayer seines Zeichens, erhält den schönen Titel „Feuerwehrminister“, der aus der Reichswehr eine „Wach- und Schließgesellschaft“ machen wolle. Gehler hat den deutschen Soldaten die „größte Beleidigung“ zugefügt, die je im Reichstag gefallen ist, weil er versichert hat, er werde sich mit allen Kräften gegen diejenigen einsetzen, die die Reichswehr zu kriegerischen Unternehmungen mißbrauchen wollen. Es findet eben niemand Gnade.

Alle sind „Verräter“. Die Hilferding, Breitscheid, Erkelenz im Ausland, die Crispian, Eisenberg und Barth im Inland und die „Frankfurter Zeitung“, der „Vorwärts“ und die „Postische Zeitung“, allen gilt die deutsch-völkische Parole Hitlers:

„Die Verräter müssen vernichtet werden! Das soll unser Gedanke sein, Tag und Nacht; er soll in uns glücken, soll zum Ruf eines ganzen Volkes werden, soll jeden von uns zum Gato, zum Trummer machen und daran wollen wir uns erkennen, an der Lösung des Tages: Die Verräter müssen vernichtet werden!“

Und so geht es in jeder Nummer (spaltenlang). Die Regel, der Strich, der Galgen wird jedem angedroht, der diesen Ströcken nicht als zuverlässig gilt. Denn bei der Sozialdemokratie allein bleibt es natürlich nicht. Die Verräter sitzen ja bis in die Reihen der rechtsstehenden Kreise hinein. Aljuda ist eben nur mit Feuer und Schwefel auszurotten. Darum ist die Parole des Tages: Her mit dem Bürgerkrieg.

„Roter Märzsturm“.

Überall, wo die rechtsradikalen Geheimorganisationen die Notwendigkeit ihrer Existenz zu begründen suchen, erfolgt prompt der Hinweis auf die Gefahr eines linksradikalen „Roter Märzsturm“. Der ganze Kapp-Putsch war eigentlich ein „Versehen“. Alle die Herren Generäle und sonstigen Ehrener, die ihn vorbereiteten und inszenierten, wollten nur das arme Deutschland „vor dem Bolschewismus“ retten.

Heute soll Deutschland von Bayern aus vor dem „Dolchstoß“ der Sozialdemokratie geschützt werden. Die überreifen Retter des Vaterlandes scheuen dabei nicht vor der niederträchtigsten Verunglimpfung und vor der offenen Schwächung der Stellung Deutschlands im Ausland zurück. Bezeichnend für die Bestimmung dieser Kreise ist ein Brief aus München, den das konservative Luzerner Organ „Vaterland“ in der Schweiz veröffentlicht. In Anlehnung an die Drohungen Hitlers mit dem Staatsstreik gegen eine den bayerischen Reaktionskreisen nicht ganz genehme Reichsregierung wird dort dem staunenden Ausland allen Ernstes versichert, in Deutschland sei die sozialistische und kommunistische Ministerarbeit im ganzen Reich bereits so weit gediehen, daß sich die deutsche Regierung in Berlin nicht mehr sicher fühle. Der Gedanke, ein neues nationales Deutschland von Süden her aufzubauen, ist heute nicht mehr bloß eine vage Phantasie, sondern wächst sich von Tag zu Tag mehr zur zwingenden Notwendigkeit aus.“ Nach der Darstellung, die diese Vaterlandsfreunde dem Ausland von deutschen Verhältnissen zu geben beabsichtigen.

„Drängt in Deutschland alles zur Entschcheidung, ob national oder sozialistisch regiert wird. Wie ein unheimliches Gewitter bollen sich die einander unversöhnlich widerstrebenden Kräfte zusammen.“

Das „Vaterland“ versteht diese Enthüllungen ihres Münchener Mitarbeiters mit der Bemerkung, sie seien „durchaus nicht bloße Sensation“. Das ist schon möglich. Wenn diese Kreise von roten Märzstürmen zu sprechen beginnen, dann kann man sicher sein, daß sie selber versuchen wollen, mit Gewalt verlorenene Macht wieder an sich zu reißen. Die offene Enthüllung reaktionärer Pläne zeigt um so mehr, wie notwendig es ist, daß gegen die Geheimorganisationen mit allen Mitteln durchgegriffen wird.

Der Fall Eisenberger. Der Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtages genehmigte die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger wegen Hochverrats. Für die Genehmigung stimmten die Bayerische Volkspartei, die Bayerische Mittelpartei, gegen die Genehmigung die Sozialdemokraten und der Bauernbund.

Direktionswechsel in der Volksbühne.

Mit dem Schluß dieses Spieljahres wird der bisherige Direktor des Theaters am Bülowplatz, Friedrich Kayhler, von der Leitung dieser Bühne zurücktreten. Kayhlers Vertrag mit dem Verein Volksbühne läuft allerdings noch einige Jahre; es hat sich aber herausgestellt, daß eine frühere Lösung des Verhältnisses im Interesse beider Parteien, sowohl Kayhlers als der Volksbühne, wünschenswert ist. Herr Kayhler fühlte das Bedürfnis, neben der Tätigkeit am Theater am Bülowplatz seine schauspielerischen Talente auch noch auf einer anderen Berliner Bühne zur Geltung zu bringen, und er verpflichtete sich dem Theater in der Königsgrabenstraße zu einem Gastspiel in „Kreisters wunderlichen Geschichten“. Abgesehen davon, daß dieses Gastspiel in die Zeit der theatralischen Hochzeiten, von Ende März bis Ende April d. J., fallen wird, ist es natürlich schon aus prinzipiellen Gründen nicht statthaft, daß ein Berliner Bühnenkünstler, der zugleich als Direktor einem Berliner Theater vorsteht, sich als Schauspieler in den Dienst eines Konkurrenzunternehmens stellt. Da Herr Kayhler auf sein Gastspiel an der Reinhard-Bernauer-Bühne aus persönlichen finanziellen Gründen nicht verzichten zu können glaubte, so blieb dem Verein Volksbühne nichts anderes übrig, als seinerseits auf jede Tätigkeit Kayhlers am Bülowplatztheater fortan zu verzichten. Kayhler scheidet Ende dieser Saison als Direktor und Schauspieler aus und mit ihm geht seine Gattin, Frau Helene Fehdmer.

Man kann den Verlust des Bühnenkünstlers Kayhler im Interesse der Volksbühne bedauern, dem Direktor wird kaum eine Träne nachgeweiht werden. Denn die Hoffnungen, die auf die direktoriale Tätigkeit Kayhlers anfangs gesetzt wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Kayhler war nicht imstande und auch nicht willens, aus der seiner Leitung anvertrauten Bühne eine wirkliche Volksbühne zu machen; sie wurde immer mehr und mehr ein „Theater Kayhler“. Die berechtigten Wünsche, die das organisierte Publikum der Volksbühne ihm durch den künstlerischen Ausschuß wiederholt kundgab, fanden allzu wenig Berücksichtigung. Wir wollen heute auf eine detaillierte Kritik der Kayhlerschen Direktionsführung nicht eingehen, sondern begnügen uns mit dem Ausdruck der Genugtuung darüber, daß der unhaltbare Zustand ein schnelleres Ende gefunden hat als man voraussehen durfte, und wir wollen hoffen, daß es der Leitung des Vereines Volksbühne gelingt, einen Ersatz für Kayhler zu finden, der allen berechtigten Ansprüchen der Berliner Arbeiterklasse genügt. Denn von dieser ist für diese ist das Theater am Bülowplatz geschaffen.

Was die bürgerliche Presse schon heute über den voraussichtlichen Nachfolger Kayhlers zu melden weiß, beruht samt und sonders

auf müßigen Kombinationen. Die Leitung des Vereines Volksbühne ist dieser Frage bisher praktisch nicht nähergetreten und es bestehen noch keinerlei „Kandidaturen“.

Das gekürzte „Wintermärchen“. Ein Mitglied des Vereines „Volksbühne“ schreibt uns: Wie schon wiederholt, so wurde auch am Montag die Vorstellung im Bülowplatz-Theater durch unterirdische Geräusche noch empfindlicher gestört als durch die übliche Massenhysterie. Es war mitten in der ersten Szene nach der Pause, als man plötzlich dröhnende Hammerschläge gegen Metall hörte, die einzelne Säge der Sprecherin der „Zeit“ vollkommen verdrängten. Da in den folgenden Bildern die Luft — ich sah im Vorpartei, oben muß es noch ärger gewesen sein — peinlich heiß und schwül wurde, vermutete ich, daß an der Heizungs- oder Lüftungsanlage irgendein Gebrechen aufgetreten war, das durch diese Hammerschläge behoben werden sollte. Ruh so etwas immer mitten in der Vorstellung geschehen? — Unbegreiflich ist mir auch das zeitweise Auftauchen und Verschwinden einer hellleuchtenden kreisförmigen in dem linken Bühnenorbau vor der ersten Kulisse. Es ist da offenbar in ziemlicher Höhe ein Raum, der ein Quasloch nach der Bühne hat und der abwechselnd beleuchtet und dunkel ist. Ruh das aber dem Publikum erkennbar gemacht werden, dessen Aufmerksamkeit durch diese Lichtspiele natürlich gestört wird?

Neue deutsche Kunst in Amerika. In diesen Tagen wird in New York, in den Anderson Art Galleries, eine Ausstellung lebender deutscher Künstler eröffnet, die zum erstenmal den Amerikanern eine gute Vorstellung von den Bestrebungen des deutschen Expressionismus gibt. Es werden im ganzen etwa 100 Gemälde, eine gleiche Anzahl Aquarelle, 120 graphische Blätter und 25 Plakate gezeigt. Die besten Namen der jungen deutschen Künstler sind vertreten, und die verschiedensten Teile Deutschlands haben zu der Ausstellung beigetragen: Berlin, München, Weimar, Breslau, das Rheinland, Königsberg. Unter den Malern sind vor allem zu nennen: Campendonk, Caspar, Caspar-Filser, Deanter, Feininger, Hedel, Huth, Kaus, Klee, Otto Mueller, Raven, Rothe, Portikel, Pechstein, Rabinnil, Rehfis, Schmidt-Rottluff, Schwitters, Seewald, Unold. Unter den Bildhauern: Garbe, Kalbe, Mars, Boeder, Scharf, Scheibe, Sintenis, Steger. — Eine Einführung zur Ausstellung hat W. R. Valenziner geschrieben.

Ein wachsender Firsten. Großes Aufsehen erregte die Meldung, daß einer der Sterne in der Sterngruppe des Wolfischen, Beth Geli, seine Größe vergrößert hat und zwar von einem Stern zweiter Größe zu einem solchen erster Größe herangewachsen ist. Der Stern ist jetzt leuchtender geworden als selbst der Aldebaran. Die Nachrichten von dieser Erscheinung wurden zunächst von der französischen astronomischen Mission in Athen mitgeteilt und dann von Camille Flammarion bestätigt. Obwohl solch ein Wachstum in der Größe entfernter Sterne schon früher beobachtet worden ist, wissen die Astronomen dafür keine Gründe anzugeben. Man vermutet, daß die Hitze in demselben Maße wächst wie die Lichtkraft. Würde die Sonne einmal in ähnlicher Weise „wachsen“, dann würde die Erde unbewohnbar werden.

Noten mit bunten Bildern. Es ist eine bekannte Tatsache, daß heutzutage in manchen Kreisen das Buch nicht mehr zum Lesen dient, sondern zum Ansehen. Die neuen Notizen, denen das Lesen eines Buches als ein abenteuerlicher Gedanke erscheint, begnügen sich damit, die Luxusdrucke anzusehen und an dem Einbandleder zu riechen. Natürlich sind deshalb die Bilder beim modernen Luxusbuch das wichtigste, und jetzt will man sogar auch für Noten sorgen, die man nicht zu spielen braucht, sondern die man sich ansehen kann. Ein Münchener Verlag kündigt ein Unternehmen an: „Der illustrierte Klavierauszug mit schwarzer und farbiger Graphik“ an, so daß man bedeutende Musikwerke jetzt aus den Bildern genießen kann, ohne sich erst mit den schwierigen Noten zu befassen. Als erstes Werk soll Klaviersatz „Scherzade“ mit farbiger Graphik der Petersburger Künstlerin N. Gonscharowa erscheinen.

Mikrozyklung. Zur Vermittlung der bei wissenschaftlichen Forschungen, z. B. der Mikroskopie, der Chemie, namentlich der Kolloidchemie, vorkommenden kleinsten Größen sind die metrischen Maße nicht mehr ausreichend. So enthält, wie B. Postmann in seiner Normenlehre angibt, 1 Gramm flammendruß von spezifischem Gewicht 1,37 nicht weniger als 960 Milliarden einzelne Teilchen. Ein Teilchen wiegt also durchschnittlich 0,000 000 001 04 Milligramm, hat ein Volumen von 0,000 000 000 68 Kubikmillimeter, als Kugel gedacht einen Durchmesser von 0,001 08 Millimeter und besteht noch dazu aus 26 Milliarden Molekülen Kohlenstoff. In eine Linie angeordnet, bilden sie eine Länge von 1,08 x 90 Millionen Millimeter, das sind etwa 1040 Kilometer. — Die Kolloidchemie bestimmt ebenfalls die Dimensionen der Partikel ihres Bereiches. Die Teilchen von Schwefelcolloid wurden z. B. gemessen zu 0,000 002 68 Millimeter Durchmesser, andere zu 0,000 028 98 Millimeter. — Die Mikrozyklung ist heute ein eigenes wissenschaftliches Arbeitsgebiet. Sie stellt die Anzahl von Teilchen in der Gewichtseinheit fest. Man hat so ein Kriterium für unabhängige Bedürfnisse der Biologie, Chemie und Technik gewonnen. Da die angegebenen Größenordnungen in diesem Gebiet normale Erscheinungen sind und man die langen Zahlen mit den diesen Nullen vermeiden will, hat man neue kleinste Längenmaße und Gewichte eingeführt, die mit griechischen Buchstaben bezeichnet werden.

Der Mensch seit einer Million Jahre auf der Erde? Alle Berichte von dem Alter des Menschengeschlechts auf dem amerikanischen Kontinent sind übertroffen worden durch die Entdeckung eines Menschenabdrucks der Tertiarepoche, die Dr. S. G. Wolf in Patagonien gefunden ist. Wie der berühmte Anthropologe der Columbia-Universität Dr. Franz Boas dazu ausführt, muß der Schädel nach den Angaben 500 000 Jahre älter sein als der Schädel des bekannten „Pithecanthropus Erectus“, der seinerzeit auf Java ausgegraben wurde. Schahete man das Alter jenes auf 500 000 Jahre, so würde also das neue Fossil ein Alter von einer Million Jahre haben, und der Besitzer dieses Schädels müßte zu einer Zeit gelebt haben, als die heutigen Polarstriche noch tropisch waren und dort gewaltige Ungeheuer und Reptilien lebten.

Deutsches Oberland. Wegen Naturraubes des Herrn Vandenthal wird Rott der angeklagten Oberon-Russfahrung am 2. die Oper „Die toten Kugen“ von Eugen d'Albert gegeben.

Daumenschrauben.

Herne, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend wechselten die Franzosen ihre Quartiere. Durch Belegung der größten und besten Volksschule ist jeder Unterricht unmöglich gemacht worden. Auch der Besitz der Hermer Gewerkschaften, das Volkshaus, wurde besetzt und zum Teil zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf etwa 20 Millionen Mark beziffert. Der Kommandeur der in Herne liegenden Truppen, Oberst Reger, der Sohn eines Elässers, trägt die Hauptlast an den Unbelieben seiner Truppen. Vor einigen Tagen beschlief er Arbeitervertreter zu sich, um über die Wiederaufnahme der durch die Franzosen unmöglich gemachten Stadtverwaltung zu verhandeln. Das Rathaus sollte wieder freigegeben werden, falls die Behörden sich bereit fänden, mit den Franzosen Hand in Hand zu arbeiten. Dies lehnten die Gewerkschaftsvertreter natürlich ab. Der Oberst bestritt ihnen das Recht, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen und drohte ihnen, wenn die Arbeiter sich nicht fügen, so würde er ihnen das Verrecken beibringen. Darauf wurde geantwortet, die Arbeiter hätten sehr harte Köpfe, es frage sich aber, wer bei dem Verrecken den Kürzeren ziehen würde. Herr Reger erwiderte: „Ich werde euch zerbrechen wie Glas! Es wäre zum Lachen, wenn wir euch keine Kultur beibringen könnten!“ Der Oberst sagte weiter, er besitze die Hilfe von „wirklichen Arbeitervertretern“ und sprach von Unionisten, von denen ihm eine Reihe von Denunzationsbriefen und Arbeitsbereitschaftserklärungen zugegangen seien. Dazu ist zu bemerken, daß sich allerdings eine Anzahl trauriger Gesellen unter dem Vorwand, die Arbeiter hinter sich zu haben, einen Judaslohn verdienen möchten. Oberst Reger erklärte auch noch, die Arbeiterschaft solle nicht glauben, daß das jegliche Verhalten der Franzosen das Äußerste ist, was sie tun könnten, sie würden die Daumenschrauben so weit anziehen, daß den Arbeitern jeder Widerstand vergehen würde.

Rheinlandfragen im Unterhaus.

London, 6. März. (W.B.) Im Unterhaus fragte Wedgwood Benn, ob die britische Regierung ihre Einwilligung gegeben habe, daß Gefängnisstrafen, die von den Militärgerichten in dem besetzten Gebiet Deutschlands verhängt worden seien, in irgendeinem Falle in britischen Gefängnissen vollstreckt würden. — Mac Reill antwortete verneinend.

Lambert fragte, ob Deutschland irgendwie mitgeteilt habe, daß es die von Bonar Law vorgeschlagene Reparationssumme annehme, oder ob die Deutschen seit der Pariser Konferenz im Januar mit der britischen Regierung über die Frage in Verbindung getreten hätten. — Bonar Law antwortete verneinend.

General Spear fragte, ob erstens der französische und der belgische Oberkommissar eine französisch-belgische Zivilverwaltung für das gesamte Eisenbahnwesen im besetzten Rheinland errichtet hätten, und wenn dem so wäre, ob zweitens die Eisenbahnen in der britischen Zone dadurch unter die französisch-belgische Kontrolle kämen, wie sie im übrigen Rheinland bestünde. — Mac Reill antwortete auf den ersten Teil der Frage bejahend. Es sei ein Sonderabkommen für die Eisenbahnen in der britischen Zone getroffen worden, die nicht unter die neue Verwaltung kommen würden.

Sinclair fragte, ob die Ordnungen der Internationalen Rheinlandkommission, denen der britische Vertreter nicht zugestimmt habe, in der britischen Zone des besetzten Gebiets gültig seien. Mac Reill antwortete bejahend. (!)

London, 6. März. (W.B.) Nach einer offiziellen Mitteilung soll es sich herausgestellt haben, daß die 13 Milliarden, die von den Franzosen für die Rheinlandbesatzung eingebracht wurden, nicht der englischen Besatzungsarmee gehören.

Der Einbruch in Rom.

Rom, 6. März. (I.N.) Die Zeitungen veröffentlichen eine Mitteilung der deutschen Botschaft über den im Botschaftsgebäude verübten Einbruch. Danach handelt es sich nicht nur um drei Einbrecher, sondern um eine ganze Bande, die in den Garten eingedrungen war. Drei von ihnen kamen in das zweite Stockwerk, um den Raub auszuführen, während die anderen im Garten Wache hielten. Die ganze Bande ist, als die Schüsse hörbar wurden, in einem Auto entflohen. Von den beiden Verhafteten hatte der eine der Befragung in Oberschlesien angehört und spricht gut deutsch.

Italienische Blätter geben verschiedentlich der Meinung Ausdruck, daß der Einbruch auf französische Initiative zurückzuführen sei. Man nimmt an, daß gewisse Persönlichkeiten ein Interesse daran hätten, sich in den Besitz der Dokumente über die deutsch-italienischen Besprechungen in der Ruhrfrage zu bringen.

Die Neuregelung der Lohnsteuer.

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Der auf die letzten sechs vollen Arbeitstage des Monats Februar entfallende Arbeitslohn bleibt bekanntlich steuerfrei. Deckt sich die Lohnzahlungsperiode nicht mit den letzten sechs vollen Arbeitstagen des Februar, so läßt es sich nicht vermeiden, auf Tage des März überzugreifen. Je nach der Bemessung des Zeitraums und der Höhe des Lohnes kann dies für den Arbeitnehmer günstiger oder ungünstiger wirken, als wenn die letzten sechs vollen Arbeitstage des Monats Februar zugrunde gelegt würden. Auf diese Folge sind die Vertreter der Gewerkschaften bei der grundlegenden Besprechung im Reichsfinanzministerium am 3. Februar 1923 hingewiesen worden; sie haben sich jedoch unter Anerkennung des Umstandes, daß die technischen Schwierigkeiten sehr groß seien, aber nach Lage der Sache eine andere Regelung nicht möglich erscheine, damit einverstanden erklärt, daß Unbequemlichkeiten mit in Kauf genommen werden müßten.

Im übrigen wird in Kürze dafür Sorge getragen werden, daß die Lohnsteuer den jeweiligen Wirtschafts- und Lohnverhältnissen rechtzeitig ohne formale Hemmungen angepaßt werden kann.

	6. März		5. März	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8017.65	8062.85	8972.51	9017.49
1 argentinische Papier-Peso	8478.99	8448.07	8418.90	8451.10
1 belgischer Franc	1199.49	1205.51	1206.07	1213.08
1 norwegische Krone	4109.70	4180.30	4140.00	4170.40
1 dänische Krone	4304.21	4325.79	4304.06	4335.95
1 schwedische Krone	5999.96	6030.04	6024.90	6055.10
1 finnische Mark	626.48	629.57	—	—
1 japanischer Yen	10773 —	10827 —	10872.75	10927.25
1 italienische Lire	1079.79	1085.21	1089.27	1094.73
1 Pfund Sterling	106293.75	106706.25	106782.50	107287.55
1 Dollar	22518.56	22631.44	22710.58	22824.42
1 französischer Franc	1874.55	1881.45	1851.58	1888.47
1 brasilianischer Milreis	2503.71	2521.29	2531.15	2548.85
1 Schweizer Franc	4204.46	4225.54	4240.35	4270.65
1 spanische Peseta	3506.21	3523.75	3536.19	3553.87
100 österr. Kronen (abgek.)	—	—	81.72	81.84
1 tschechische Krone	—	—	674.81	677.89
1 ungarische Krone	—	—	7.80	7.84
1 bulgarische Lewa	—	—	129.67	130.83
1 jugoslawischer Dinar	—	—	252.36	253.64

Kalifornien bei Berlin!

Der Dollar steht zwischen 22 und 23 000. Wer Arbeit hat, verdient gerade soviel, um existieren zu können. Der Arbeitslose wird mit 4000 M. Unterstützung zum langsamen Hungertod verurteilt. 1 Pfund Margarine kostet 3000 M. — Eisen und Lumpen, früher verachtet, sind im Wertungsgewalt heraufgerückt, zum Erzhalt befördert. Mit Artilleriegeschleppzüge, so bei Süderdamm und Kammerdamm, heijumworbene Erzlager! Nicht Gold oder Silber barg ihr Schatz; aber Kupfer, Zinn, Blei und Eisen, hochwertige Balaustartikel!

Arbeitslose Männer, Frauen und kaum schulentragende Mädchen ziehen früh um vier hinaus. Mit Spaten und Beilspitzer bewaffnet durchwühlen sie die Erde nach kostbarem Metall. Füllen mitgebrachte Beutel und schleppen, besonders das häufigere Eisen, schwere Lasten, stundenlang zur Bahn; froh, wieder einen Tag weiter rechnen zu dürfen. Aber diese waren noch nicht arm genug. Vampiren gleich, versuchten Gauner und Blutsauger von Beruf, die Armen sich zu Diensten zu zwingen. Sie packeten um ein Spottgeld diese Blöße, stellten Wächter in ihre Dienste und kümmernten sich den Teufel darum, was auf den Plätzen vorging. Bezahlten nur ein Drittel des Preises für die verschiedenen Metallarten und behielten ihre Kreieren bis in die Wartehallen der Bahnhöfe, dort nach nicht abgeliefertem Metall zu suchen, und wehe dem Unglücklichen, der im Stillen schon mit dem höheren Stadtpreis rechnete. Er wurde gezwungen, sein sauer erworbenes Gut abzuliefern und konnte dann mit Verlust seines Fahrgeldes und seiner zwölf bis vierzehntägigen Arbeitskraft, gedemütigt und verzweifelt nach Hause fahren. Suchschein stellte man vorsichtig nur ganz wenig aus und konnte so viel mehr blinde Sucher ergattern, was zu den Obliegenheiten zahlreicher Gendarmen gehörte. Fast täglich wurden Menschen von trepfernden Granaten zertrümmert. Von der Rot getrieben, von der Geldgier berauscht, suchten sie Messingzunder von Blindgängern abzuschlagen, befreiten freilich der Tod von einer starren Fessel und verbluteten. Männer, Frauen und selbst Kinder wurden Sklaven der Rot, die den Tod nicht sehen wollten, der doch mitten unter ihnen haute und Beute auf Beute froh.

Diese Armen kämpften um ihr Leben, rangen in Schmutz und Wetter, im Schnee und Kälte, um karges, trodenes Brot; und meiß ab, in prächtiger Villa, saß ein reicher Proh, ließ sich würdevoll Biste auf Biste reichen und freute sich seines täglich wachsenden Reichtums.

Interessentenpolitik.

Wer das Verhalten der Rechtsparteien in den Ausschussberatungen der Stadtverordnetenversammlung genauer beobachtet, kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß sie zu einem großen Teil alles sabotieren, was einer Gesundung der städtischen Finanzen dienen könnte. Mit allen nur möglichen Mitteln wurde von den Vertretern der Deutschen Volkspartei der Vertragsabschluss mit der sogenannten „Behag“ Erdölaktiengesellschaft über die Errichtung von Benzintankstellen in den Straßen der Stadt bekämpft, trotzdem aus diesem Vertrag der Stadt zweifellos bedeutende finanzielle Vorteile erwachsen wären. Die gewöhnlich wird sich ein Kampf, der unter der Maske der biedereren Sachlichkeit meistens nichts anderes ist als ein ganz gewöhnlicher Interessentenkampf, mit den effektivsten Mitteln geführt. Die zu bekämpfende Gegenpartei wird mit allen Mitteln vertumelt und mit Schmutz beworfen. Korrespondenten wie die Presse in den Dienst dieser Mäander gestellt, und der Endeffekt ist immer eine Schädigung der städtischen Interessen. Bei dieser Art der Verhandlungen mit den Parteien wird natürlich die Neigung, mit der Stadt Geschäfte abzuschließen, nicht wachsen. So ist jetzt auch die „Behag“ von dem Vertrage zurückgetreten, weil sie wahrscheinlich keine Lust mehr hat, sich in dieser Weise von den Parteien behandeln zu lassen. Dabei sind es gerade die Rechtsparteien des Rathauses, die immer wieder betonen, daß die Stadt in wirtschaftlichen Dingen „sachlich und unvoreingenommen“ handeln lernen müsse, daß politische Gesichtspunkte auszuschließen hätten und was dergleichen Redensarten mehr sind.

Der letzte Akt der Diebeskomödie Röber-Förster.

Heute hatte sich, nachdem gestern die Aburteilung ihrer Schwefel, Frau Röber, erfolgt war, Frau Anna Förster wegen ihrer Rassen-Warenhandelsdiebstähle weiter zu verantworten. Mit ihr angeklagt sind noch wegen Begünstigung ihrer Flucht nach Holland der gestern wegen Hehlerei freigesprochene Zunder und der Angeklagte Koll. Nach kurzer Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Koll wurde freigesprochen. Frau Anna Förster wurde wegen fortgesetzten Diebstahls zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, der Angeklagte Zunder wegen Begünstigung zu drei Monaten Gefängnis, welche Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt ist, verurteilt. Das Gericht hat auch hier wie bei den anderen Angeklagten gestern keinen Bandendiebstahl angenommen, da nicht erwiesen ist, daß Frau Förster sich mit den anderen zu einer Bande verbündet hat. Die Angeklagten Frau Anna Förster und Zunder erklärten, daß sie sich mit dem Urteil nicht beruhigen.

Fauler Fleisch auf einem Wochenmarkt.

Der Schlächtermeister H. aus Berlin-Steglitz hatte auf dem Potsdamer Wochenmarkt einen Stand. An einem Markttag beobachteten mehrere Hausfrauen, wie der Schlächter aus einer Schüssel, die unter seinem Tische stand, stinkendes Fleisch hervorholte, durch den Wolf drehte und als Schabefleisch verkaufte. Hingukommende Polizeibeamte stellten fest, daß das Fleisch total in Verwesung übergegangen war. H. wurde deshalb unter Anklage gestellt, und das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 150000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust. Der Vorstehende führte in seiner Urteilsbegründung aus, daß die Schlächter bei ihren jetzigen Verdiensten es nicht nötig hätten, derartige Schweinereien zu begehen.

Eine Untergrundbahn, die keiner haben will.

Um die Dahlemer Straße der Untergrundbahn streiten sich der preussische Fiskus und die Stadt Berlin. Aber nicht etwa deswegen, weil jeder von beiden Besitzer sein will, sondern weil keiner von beiden Eigentümer der Straße sein möchte. Dieser Teil der Untergrundbahn ist seinerzeit vom preussischen Domänenfiskus als Verlängerung der Wilmersdorfer Untergrundbahn gebaut worden, um die Domäne Dahlem durch Aufschließung rentabler zu gestalten. Die Strecke erfordert auch heute noch nach wie vor bedeutende Zuschüsse, die naturgemäß der Besitzer zu zahlen hat. Eben aus dem Grunde möchte der Fiskus weder Eigentümer der Strecke sein. Als die Stadt Berlin ihn auf Zahlung des Ertrages für den Betrieb der Strecke verklagte, bestritt er vor Gericht, Eigentümer zu sein. Jetzt hat das Landgericht entschieden, daß die Strecke dem Fiskus gehört, und der arme preussische Staat wird wohl oder übel bis zum nächsten Termin vor der nächst höheren Instanz bluten müssen.

Gegen die wilden Sammlungen.

Die Zahl der in Berlin täglich stattfindenden unerlaubten Geldsammlungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen wächst dauernd. Die durch den Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet hervorgerufenen Notstände geben gewissenlosen Verlonen im steigenden Maße Anlaß zu Sammlungen, deren Erträge sie in die eigene Tasche stecken. Der Polizeipräsident wendet sich deshalb an das Publikum mit der Aufforderung, alle Verlonen, die mit Sammlungen ohne den grünen Adlerstempel des Polizeipräsidenten be-

troffen werden, feststellen zu lassen. Besonders zahlreich sind diese wilden Sammler in den Abendstunden sowohl auf den Straßen wie auch in den Häusern und Gassen anzutreffen.

Bluttaten von Einbrechern.

Ein Wächter erdrosselt. — Feuertage mit der Schupo.

Ein Wächter an einem Wächter rief heute morgen den Polizeikommissar der Kriminalpolizei nach dem Hause in der Neuen Friedrichstraße 1. Hier wurde um 8 Uhr der 66 Jahre alte Wächter Heinrich Kroses, der die Räume der Gemeindebeamten-Warenverforgungs-G. m. b. H. zu bewachen hatte, gefesselt und getödtet aufgefunden. Die Polizei wurde benachrichtigt und alsbald erschien auch die Mordkommission. Der Befund ergab, daß Einbrecher von der Schilderstraße her durch die Wand in die Räume der Gesellschaft eingedrungen waren. Eine Schantwirtin in dem Hause Schilderstraße 1 hatte den Wächter um 11 1/2 Uhr nachts noch auf der Straße gesehen. In der Kontrolluhr im Keller steckte noch der Schlüssel, mit dem er auf seinem letzten Rundgange die Uhr gestochen hatte. Die Einbrecher müssen nun, als er sich ihnen näherte, sofort über ihn hergefallen sein. Sie erwürgten ihn, fesselten ihn mit einer starken Schnur und drückten ihm ein Handtuch als Knebel in den Mund. Spuren des aus dem Munde geschossenen Blutes zeigen, daß die Verbrecher ihr Opfer von der Stelle des Ueberfalls durch mehrere Räume nach der Fundstelle gelaufen haben. Die Kriminalpolizei nahm die Ermittlungen nach allen Richtungen sofort auf.

Große Aufregung verursachte gestern nachmittags ein schwerer Feuertage zwischen einem Einbrecher und Beamten der Schutzpolizei in dem Hause Hochstraße 31. Eine Frau Erich aus der Neuen Hochstraße 38 übernahm bei der Heimkehr von einem Ausgange einen Einbrecher in ihrer Wohnung. Dieser entfloh. Man beobachtete, wie er in ein Lokal in der Hochstraße hineinkam. Als Schutzbeamte dort eintrafen, hatte er es bereits wieder verlassen. Die Beamten erfuhren aber, daß sie es mit einem 28 Jahre alten Arbeiter Otto Redel aus der Hochstraße 31 zu tun hatten. Er war noch Hause gegangen, als ob nichts geschehen wäre. Als Beamten ihn hier festnahmen wollten, erhielt sie keinen Einlass. Auf das Verlangen, zu öffnen und herauszukommen, erwiderte Redel, wer es wolle, seine Schwelle zu überschreiten, werde eine Leiche sein. Man hörte auch, daß er sich verbarrikadierte, und er drohte wiederholt, daß er schießen werde. Jetzt schossen die Beamten durch die Tür in die Wohnung hinein. Rummel feueris der Einbrecher von innen heraus durch die Tür, so daß die Beamten nicht heran kommen konnten. Er gab wohl an die 30 bis 40 Schüsse ab, die die Tür durchlöcheren. Zur Verstärkung wurde das Ueberfallkommando gerufen. Nachdem auch die Beamten die Schüsse wiederholt erwidert hatten, rief endlich der Verbrecher hinaus, daß er vermundet sei und öffnen wolle. Eine Kugel hatte ihn getroffen. Redel wurde nach der nächsten Rettungsstelle und, nachdem er hier einen Verband erhalten hatte, nach dem Lazarett des Untersuchungsgefängnisses gebracht. Bar dem Hause hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die nur mit Mühe davon abgehalten werden konnte, den Verbrecher zu lynchen.

Das Sterben der Straßenbahnen.

Unser Heilbronner Parteiblatt meldet: „Der Stadtrat von Pforzheim hat beschlossen, angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Straßenbahn den Betrieb bis 1. April stillzulegen. Der gegenwärtige Fahrpreis beträgt 300 M., was eine sehr starke Abnahme der Zahl der Fahrgäste zur Folge hatte.“ Ebenso wird Heilbronn keine Straßenbahn zum 31. März eingehen lassen. — Wir Berliner sind also zwar schlecht, aber immer noch besser dran als andere Städte.

Beschlagnahme von Zechenlofs.

Das Kohlenamt teilt mit: Der bei den Händlern Lagernde und noch eingehende Zechenlofs in- und ausländischer Herkunft, sofern er für Hausbrand bestimmt ist, wird mit Wirkung vom 28. Februar 1923 zugunsten der preussischen Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken beschlaggenommen. Nicht im vorbestimmten Sinne darf vom 28. Februar 1923 ab vom Handel nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken abgegeben werden. Die bezügliche Anträge des Kleingewerbes sind an die Preussische Kohlenwirtschaftsstelle, Berlin W 9, Pankstraße 25, 1 Tr., zu richten.

Eine Fahrkarte für mehr als 2 1/2 Millionen Mark gibt die Reichsbahn seit dem 1. März aus. Sie kostet 2 597 000 M. Es ist dies eine Reichsbahnfahrkarte 1. Klasse für 45 Tage. Für 30 Tage kostet sie 1 733 000 M. 2. Klasse ist eine solche Karte für 45 Tage schon für 1 301 000 M. zu haben, für 30 Tage für 869 000 M. 3. Klasse kostet eine solche Karte für 45 Tage „nur“ 653 000 M., für 30 Tage nur 437 000 M. Die Beihgebühr für ein Sitzkissen beträgt dann 1000 M., für eine Garnitur Bettwäsche 2500 M., für ein einzelnes Kopfkissen 500 M., das Pfandgeld für ein Sitzkissen 1000 M.

Eine Bitte der sozialistischen Studenten. Genossen, die bereit wären, zu Beginn des Sommersemesters (Mai) oder auch jetzt immer an sozialistische Studenten zu möglichen Briefen abzugeben, werden gebeten, sich mit dem Genossen A. Gurland, Brunenwald, Hubertusallee 29, in Verbindung zu setzen.

Die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 1. Februar 1923 von 1,2 Millionen Mark auf 4,2 Millionen Mark erhöht worden. Eine Änderung der bisherigen Gehalts- und Beitragsklassen ist nicht erfolgt. Es sind mitbin bei einem monatlichen Verdienst von 80 000 M. bis 850 000 M. Beiträge in Klasse 18 mit monatlich 4940 M. zu zahlen. Wer die Versicherungspflichtgrenze übersteigt, ohne seinen Arbeitgeber oder seine Stellung zu wechseln, scheidet erst mit dem ersten Tage des 4. Monats nach Ueberstreiten der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht aus.

Achtung, Laubentkolonisten! Heute abend 7 Uhr, veranstaltet die R.D. im „Hohenstaufenloal“, Rothbühl Dam 76, eine Versammlung der Laubentkolonisten. Besucht diese Versammlung und protestiert gegen die neuen Zersplitterungsversuche der Kommunisten innerhalb der Kleingärtnerbewegung.

Ausländische Revolverhelden auf der Leipziger Messe. In der Nacht zu Dienstag spielte sich in der Reßstraße in Leipzig ein aufregende Zwischenfall ab. Ein belgischer Reßbesucher hatte mit einem Schweizer eine Meinungsverschiedenheit. Ein englischer Reßbesucher suchte diesen Streit zu schlichten. Blödsinnig zog der Belgier einen Revolver und feuerte auf den Engländer einen Schuß ab. Dieser mußte in eine Klinik gebracht werden. Der Belgier und der Schweizer wurden verhaftet. Sie stellten die Tat in Abrede, doch wollen Zeugen gesehen haben, daß der Belgier den Schuß abgegeben hat. Nach Hinterlegung einer Kaution sind beide wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Dom 8. Stockwerk auf die Straße. Der unter dem Namen „Die menschliche Fliege“ bekannte Artist Howard Young kürzte, als er in New York an der Außenseite eines Hotels für eine kinematographische Aufnahme emporgeklettert, aus der Höhe des achten Stockwerks vor vielen Zuschauern ab. Er war sofort tot.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Einmal wärmer, zeitweise auffarend, jedoch überwiegend bewölkt bei mäßigen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

117. v. 118. Wkt. Nächstens. Mitglieder der Konsumgenossenschaft können sich heute abend um 7 1/2 Uhr in der Südstraße 62.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsrätewahlen!

Für die Durchführung der Neuwahlen der Betriebsräte beschließen im Auftrage der Plenarversammlung die Ausschüsse der Gewerkschaftskommission und des AFA-Bundes, auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses, der Richtlinien und Anweisungen des AFA-Bundes, der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des AFD, und AFA-Bundes, sowie des Wirtschaftsbereichs Groß-Berlin, daß Vorschlagslisten für die Betriebsräte-Neuwahlen für die freigewerkschaftlichen Betriebsräte einseitig aufgestellt werden müssen. Listen, die zustande gekommen sind auf Grund anderer Verpflichtungen und Bedingungen als dieser, können von den der Gewerkschaftskommission und dem AFA-Bund angehörenden Organisationen nicht anerkannt werden. Die Aufstellung der Kandidatenliste darf nur in freigewerkschaftlichen Funktionärskonferenzen erfolgen. In kleinen Betrieben treten an Stelle der Funktionärskonferenzen die freigewerkschaftlichen Betriebsangehörigen. Betriebsräte, deren Aufstellung und Wahl nicht nach diesen Grundsätzen erfolgt, gelten nicht als Betriebsräte einer freigewerkschaftlichen Organisation.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
G. Sabath.

AFA-Bund Ortskartell Groß-Berlin.

Platzon Otto Rogay.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbereich Groß-Berlin.
Barth.

„Zur Klärung“.

Der Verband Berliner Metallindustrieller, gez. Oppenheimer, behauptet in einem Rundschreiben „Zur Klärung“ u. a.:

„Der Wahrheit zuwider war in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 21. Februar 1923 bereits folgendes bekannt gemacht:

„Der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuss hat für die Angestellten der Berliner Metallindustrie einen Schiedsspruch gefällt, der die Januarlöhne der über 20 Jahre alten Angestellten um 100 Proz. erhöht, alle anderen Gruppen aber völlig unberücksichtigt läßt, so daß diese also mit der Januarentscheidung auch im Februar arbeiten müßten.“

Die Unwahrheit ergibt sich aus dem erwähnten Schiedsspruch vom 23. Februar 1923.

Auf Grund der falschen Information durch den „Vorwärts“ ist die Urabstimmung über den Streik in den Betrieben vorgenommen worden. Die Abstimmungen fanden am 22. und 23. Februar statt, zu einer Zeit, als der Schiedsspruch vom 23. Februar 1923 noch nicht bekannt war. In dieser Abstimmung haben sich auch die Angestellten unter 20 Jahren und die Lehrlinge beteiligt. Sie haben somit über die Streikfrage abgestimmt, ohne die für sie in Betracht kommenden Februarbezüge überhaupt zu kennen. Ohne Zweifel sind durch die unrichtige Mitteilung des „Vorwärts“ auch andere Angestellte in ihrer Abstimmung beeinflusst worden.

Von einer ordnungsmäßigen Abstimmung kann hiernach nicht die Rede sein.

Der „Vorwärts“ soll also durch die Veröffentlichung des Schiedsspruches vom 20. Februar am 21. Februar „der Wahrheit zuwider“ behauptet haben, daß dieser Schiedsspruch nur die Gehälter der über 20 Jahre alten Angestellten mit einer Zulage von 100 Proz. überhöht, während durch Schiedsspruch vom 23. Februar (im „Vorwärts“ veröffentlicht am 24. Februar in Nr. 93) auch die Gehälter der Lehrlinge erhöht wurden, und zwar um 25 Proz.

Es ist gewiss ein Mangel des „Vorwärts“, daß er am 21. Februar 1923 immer noch nicht wußte, was am 23. Februar 1923 in der Welt vorgeht; in diesem Falle, ob am 23. Februar ein zweiter Schiedsspruch abgegeben werden und wie er lauten soll. Schlimmer als dieser Mangel, über den man sich im BWM, — hinterher — erhaben zeigte, erscheint uns aber der Mangel an Wahrhaftigkeit und Anstand, den „Vorwärts“ der Unwahrheit zu beschuldigen, weil er am 21. Februar den Schiedsspruch vom 23. Februar noch nicht gekannt hat.

APD-Disziplin in den Gewerkschaften.

Ein Musterbeispiel dafür, wie die kommunistische Partei das Verhalten ihrer Anhänger in den Gewerkschaften diktiert, bildet die Stellungnahme der Berliner Zählstelle des Zentral-

bundes der Schuhmacher zur Beilegung an der Ruhrhilfe. In der Ortsverwaltung der Organisation sitzen sieben Kommunisten, ein Ledebour-Grüppler und ein Sozialdemokrat. Mit der Beteiligung an der Sammlung für die Ruhrhilfe, wie sie die Berliner Gewerkschaftskommission — im Gegensatz zu den Spitzenorganisationen — beschlossen hat, befaßten sich eine Funktionärskonferenz und zwei Sitzungen der Ortsverwaltung. Es wurde beschlossen, sofern der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission eine Stelle namhaft macht, wo die Sammelgelder in Empfang genommen und unabhängig vom AFD, verteilt werden, die Sammellisten an die Verbandsmitglieder ausgegeben werden sollen. In der Sitzung der Ortsverwaltung am 21. Februar erklärte dann Stockmann, der als Vertreter von Höpfer an der Sitzung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission teilgenommen hat, daß diese Stelle geschaffen sei und nunmehr keine Bedenken mehr bestehen, die Sammellisten auszugeben. Die übrigen AFD-Vorstandsmitglieder wollten nun den gefassten Beschluß wieder umstoßen, stimmten schließlich aber der Ausgabe der Sammellisten am 22. Februar in Verbindung mit den Listen für die arbeitslosen Mitglieder zu.

In der Generalversammlung am 1. März jedoch wurde die Ruhrhilfe an erster Stelle behandelt, wozu sich sämtliche AFD-Dauerredner zum Wort meldeten, um die Parole auszugeben, keinen Pfennig auf die Liste der „Verräter“ zu zeichnen. Der Ledebour-Wann brachte eine Resolution ein, die von den Kapitulanten mit Jubel aufgenommen wurde; dann Schluß der Debatte. Trotzdem der Versammlungsleiter mittelste, daß der Beschluß auf Ausgabe der Ruhrhilfe-Sammellisten von den Vertrauensleuten und der Ortsverwaltung gefaßt worden ist, daß Höpfer keine Unterschrift unter dem Aufruf der Gewerkschaftskommission gesetzt hat und Stockmann in der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaften erklärt hat, daß nunmehr keine Bedenken mehr gegen die Verwendung der Gelder bestehen, trotzdem auch Höpfer darum ersuchte, die Resolution zurückzuziehen, wurde sie angenommen. Drei Mitglieder der Ortsverwaltung haben in der Versammlung gegen den von ihnen mitgezeichneten Beschluß gesprochen — weil die kommunistische Parteidisziplin es erforderte. Somit haben die Berliner Schuhmacher auf Beschluß von Moskau ihre Arbeitsbrüder an der Ruhr schließlich in Stich gelassen. Es vervollständigt nun das Bild, wenn die „Rote Fahne“ die Gewerkschaftsbeamten im Ruhrgebiet, die mit der Verwaltung der gesammelten Gelder betraut sind, öffentlich den Franzosen namhaft macht. Hui Teufel!

Auch die Blumen- und Federnfabrikanten „stabilisieren“.

Auf die Lohnforderung für März erhielt der Verband der Fabrikarbeiter nachstehendes Schreiben vom Arbeitgeberverband der deutschen Blumen-, Blüten- und Federnfabrikanten:

„Der Anseh der unierer Verbandes konnte erst heute zu Ihrem Schreiben vom 14. Februar Stellung nehmen, da er sich für verpflichtet hielt, die Entwicklung der Branche einerseits sowie die der allgemeinen Lebenshaltung andererseits bei seinen Entscheidungen in Betracht zu ziehen.“

Als Ergebnis dieser Erörterung teilen wir Ihnen mit, daß wir auf Grund unserer genauen Ermittlung nicht in der Lage sind, eine Erhöhung der für die zweite Hälfte Februar vereinbarten und gezahlten Löhne einzutreten zu lassen und nur unter schwerster Mühe die Betriebe in beschränktem Umfang weiterführen können.“

Der Lohn für die 21-jährige Fabrikarbeiterin beträgt zurzeit 21750 M. pro Woche. Daß es einer Arbeiterin nicht möglich ist damit auszukommen, liegt auf der Hand. Dank der Hungerlöhne in dieser Industrie haben die Arbeitgeber sich im Laufe der Jahre wahre Salosse erbaut. Wenn auch nicht bestritten werden soll, daß in einigen Betrieben augenblicklich wenig zu tun ist, so steht doch fest, daß in anderen Betrieben sogar mit Überstunden gearbeitet wird. Schon die letzten Lohnverhandlungen konnten nur unter Zahlungnahme des Schlichtungsausschusses abgeschlossen werden, der auch jetzt wieder eingreifen muß.

Die Arbeitgeber im Emaillewarengroßhandel.

Im Emaillewarengroßhandel werden zurzeit an verheiratete Familienväter noch Wochenlöhne von 17500 M. gezahlt. Der Deutsche Arbeitgeberverband, der sich seit dem 29. Januar bemüht, eine zeitgemäße Regelung der Löhne herbeizuführen, wurde durch angebliche Umstellungen des Arbeitgeberverbandes seiner Antwort entzogen. Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss wurden unter sadenscheinigsten Gründen ebenfalls verweigert.

In einer Verhandlung am 2. März boten die Unternehmer durch ihren Syndikus, den auf diesem Gebiete bekannten Herrn Dr. Friedmann, für Februar als Höchstlohn 31000 M. an und für März 38000 M. an.

Auf Grund dieses provozierenden Angebotes hat die Arbeitnehmerkommission die Verhandlungen sofort abgebrochen und den Schlichtungsausschuss erneut angetreten.

Wir werden der Öffentlichkeit über den Ausgang dieses Komplex weitere Mitteilung machen. Es ist einfach eine Unberücksichtigung, in dieser Zeit, in der ein Zusammengehen aller Volk-

schaften von den Arbeitgebern als notwendig bezeichnet wird, solche Löhne anzubieten. Als den Herren dieses von den Organisationsvertretern gesagt wurde, wurden sie aus dem Verhandlungsraum verwiesen.

Buchdruckereifreie in Köln. Das Personal der „Kölnischen Zeitung“ befindet sich heute bereits im Ausstand. Vermutlich werden morgen die Buchdrucker in sämtlichen anderen Zeitungen und Druckereibetrieben Köln die Arbeit niederlegen.

Kassierinstrumentenarbeiten! In der am Mittwoch, nachm. 5 Uhr, bei Klara stattfindenden Branchensammlung werden die Karten zur Generalversammlung an die ausgenannten Delegierten ausgegeben. Nicht jedes Generalversammlungsdelegierten ist es, in dieser Versammlung persönlich zu erscheinen. Branchensammlung.

Wirtschaft

Goldkonten der Sparkassen.

Der Vorstand des Deutschen Sparkassenverbandes hat Richtlinien zur Einführung werbefähiger Sparkonten herausgegeben, deren praktische Durchführung nach langen Jahren wieder die Möglichkeit einer Sparsparität bringen wird. Der Verband weist einleitend darauf hin, daß die Zinsen für Sparguthaben nicht entfernt dem Umfange der im Laufe der Zeit fortschreitenden Geldentwertung entsprechen. Eine Erhöhung des Zinsfußes würde das Ziel, den Sparkassen Geld zuzuführen, dabei aber den Sparrer vor der Geldentwertung zu schützen, nicht erreichen, zumal sich in immer stärkerer Maße sogenannte werbefähige Anleihen, also Roggen-, Kohle- und ähnliche Wertpapiere auf dem Markt aufsuchen, die Gelegenheit bieten, Kapitalanlagen von dem Sinken und Steigen der Währung mehr oder minder unabhängig zu machen. Dazu kommt jetzt die vom Reiche geplante Goldschonungsaktion.

Die Sparkassen werden also vor die Notwendigkeit gestellt, sich diesen neuen Formen des Kreditverkehrs anzupassen. Der Sparkassenverband empfiehlt den Sparkassen, von den gebotenen Möglichkeiten der werbefähigen Anlage ausgiebigen Gebrauch zu machen und auf ihrer Grundlage goldwertige Sparkonten zu schaffen, die von den Papierkonten lösnemäßig streng getrennt zu führen sind. Die Richtlinien geben dann nähere Anweisungen, die beherzigen sollen, daß sich die Kassen einem gefährlichen Risiko aussetzen.

Die Umstellung des Sparkassenwesens auf die Goldrechnung ist also in Vorbereitung. Vereinzelt sind ja bereits früher Banken und in einem Maße auch schon eine Sparkasse zur Einführung werbefähiger Konten übergegangen. Diese Entwicklung ist zwangsläufig und im Interesse der Verbraucher zu begrüßen. Mit der Einführung goldwertiger Sparkonten wird es endlich möglich werden, Ersparnisse für größere Anschaffungen zurückzulegen, das ist heute um so mehr notwendig, als infolge der wahnwitzigen Teuerung der Reallohn enorm gesunken ist. Eine immer größer werdende Zahl von Menschen ist außerstande, auch nur die Ausgaben für Lebensbedürfnisse aus den Einnahmen einer Woche oder eines Monats zu bestreiten. Wenn der Verbraucher aber sich bisher Geld zurücklegen wollte, um später zu kaufen, so mußte er immer wieder die Währungsneuerung machen, daß inzwischen seine Ersparnisse entwertet waren. Die Folge davon war, daß derjenige der Geldentwertung auswich, der am geschicktesten und am schnellsten sich Waren zu beschaffen verstand. Wer nur einen Monat wartete und sparte, war am Ende nicht viel kaufkräftiger oder gar noch weniger kaufkräftig als am Anfang des Monats. Dadurch wurde auch in das Warengeschäft ein spekulativer Zug hineingetragen, denn wohl oder übel war selbst der Kernste, der gar nicht daran dachte, Spekulationsgewinne zu erzielen, gezwungen, mit seiner geringen Kaufkraft zu „spekulieren“. Durch die Schaffung werbefähiger Anlagekonten für Sparrer wird wieder die Möglichkeit geboten werden, die Last größerer Ausgaben auf längere Zeit zu verteilen.

Vorbereitend sind die Aussichten auf eine großzügige Verbreitung des Goldsparerverkehrs noch gering, da die Sparkassen nicht die Möglichkeit haben, Goldschonungswertungen zu erwerben, es sei denn, daß sie selbst Devisen besitzen. Sie müssen dazu erst in die Lage versetzt werden, die Goldanleihen des Reiches auch mit Papiermarkt zu erwerben. Da von vornherein anzunehmen ist, daß die Nachfrage nach Goldkonten außerordentlich groß werden wird, ist die Annahme gerechtfertigt, daß die bisher geplante Dreifachanleihe des Reiches nicht einmal für diese Zwecke ausreichen würde. Es ist notwendig, eine werbefähige Anleihe auf breiterer Grundlage zu schaffen und den Sachbesitz zur Mitlastung für eine größere Goldanleihe des Reiches heranzuziehen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Gahr, Berlin; für Anzeigen: H. Giedt, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Linienstr. 2

86 Gartenstr. 86
Zahngelisse
Gold, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weinste Weg zu mir lohnt sich!

Einkauf von Brillanten,
Berlin, Smaragde, Platin, Gold-
und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe,
schmied, Neue Anlaßstr. 19a, im Laden.

**Gold, Silber,
Platin-Bruch
Zahngelisse**
kaufen zu unüberbittbaren Preisen,
da Selbstverwertung
I. Skalitzer Str. 31 Lad.
II. Kaiser-Allee 210
Eing. Regensburger Str.

Die besten Fabrikate
immer noch
billig



Fuchs
Schönhauser Allee 72
Am Ringbahnho?

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie
Altmalle
kauft zu
Höchstpreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Hof Frankf. Allee
Fahrgeidvergrüftung
Größtes Abnahmehel für Händler

Gardinen-Verkauf
Weit unter Tagespreis
Mengenabgabe
vorbehalten
und 5 % Extra-Rabatt
Einige Beispi.e

Gardinen	Meterware, dauerh.	1550	herliche Muster	11500
Bettdecken	gutes Gewebe, v. M.	1550	erstkl. Qual. v. M.	19500
	in rech. Ausf.	1550	2 Schell. 1. Kette	
	mit gel. Gew. v. M.		Das. 2. Teil v. M.	

Planener Gardinen-Vertrieb
24 Gertraudenstraße 24, kein Laden.

Bettwäsche
Noch weiter die staunend billigen Preise!
6 Reklame-Verkaufstage bis 10. 3.
Wir haben unsere Preise bis 50% herabgesetzt. Warten Sie daher nicht mehr mit Ihren Einkäufen,
dann wir bieten Ihnen jetzt eine nie wiederkehrende Gelegenheit.

**Probieren Sie unser Angebot und werden Sie im gleichen
Interesse denn an unsere altrenommierte Firma.**

Deckbettbezüge	10800.-	14800.-	19500.-	21500.-
Kissen dazu passend in allen Preislagen				
Laken in allen Größen	6500.-	11500.-	13750.-	15600.-
Inlette für Unter- und Oberbetten		29500.-	39500.-	47800.-
Doppelgarnituren 2 Deckbetten, 4 Kissen			65000.-	78500.-
Überschlaglaken	u. dazu passende Paradeklassen u. Plüsches außerordentl. preisw.			

Besonderes Angebot:

Wäschestoffe	1975.-	2350.-	2850.-	3250.-
Deckbettbezüge ohne Naht, best und weiß		21500.-	31800.-	
Handtücher gestickt u. gebüchert	795.-	975.-	1375.-	1950.-

Einzelne Bezüge und Kissen mit kleinen Fehlern, sowie Reste und Abschalle ganz bezahlanf unter Preis.

Solange Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten

preisliche Auswahl in garnierter Bettwäsche besten Bezügen Handtücher
Wäsche aller Art, Wäsche, Bettwäsche, Handtücher, Madras, etc.

Ich bin Sie nicht den weiteren Weg, Sie gewinnen durch den günstigen Einkauf mehr als das Färgeld

Reisige Auswahl! Reelle fachmännische Kodierung!
Auslieferung durch Anz...

Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik
Gräfenstraße 39 (Kasselerhof) Fahrverbindung 1, 4, 5, 6, 10, 15, 21
Ernrunenstr. 10 (am Rosen) Fahrverbindung 1, 2, 3, 5, 8, 10, 11, 21, 27, 32
(Halteplatz) 10, 11, 41, 42, 44, 45, 51, 57, 58, 59, 100, 144, 168, 171
-eilige bis 7 Uhr

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngelisse** kauft unüberbittbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Straße 67.

Zahngelisse
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs
sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
sämtliche Schmuck-
gegenstände
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur
Barhelo Edelmetallverwertung
2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

Zähne auf Teilzahlung
Durch Führ. tügen Einkauf bin ich in der Lage, meinen
Patienten zum **halben Tagespreis** künstliche
Zähne,
Kronen u. Brückenarbeiten auf Kredit zu liefern.
Volle Garantie.
Plomben usw., Umarbeitungen u. Reparaturen sofort.
Hans Berlin, Dentist Moabit, Stephanstr. 17, I
Ecke Rathenower Straße
Sprechzeit von 9-12 u. 2-7, Sonntags von 10-12

Geld Alte Gebisse auch zer-
brochene
für jede Wertsache und Pfandschelne
auch mit Rückkauf
recht.
B. Zymelski, Weißbener Str. 32

W. K. F. Lange
Bolzmarktstraße 5
Janowitz-Passag.

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
kauft zu
höchsten
Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Quecksilber
Silb. Kupfer, Platin
u. s. w.
kauft zu Engrospreisen
Scharow, Langstr. 35
im Schindler'schen Hof

Weißer Keller

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kauft reell zu
höchsten
Tageskursen
**Pfandschelne, Gold-, Silber-,
Platin-Bruch**
kauft höchstehend
Bolzmarktstr. 5.
12-13 Uhr

Teilzahlung
Silb., Speigl., Polierwaren,
Petersburgerstr. 23